

Ergebnis der Osthofener Ratssitzung vom 26. September 2011

veröffentlicht am

TOP 1 Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz;

- a) Allgemeine Erläuterungen zur Kommunal- und Verwaltungsreform sowie zu einem Zusammenschluss der Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich zu einer neuen Verbandsgemeinde.
- b) Information über die finanziellen Auswirkungen und die Kompensationsmaßnahmen des Landes Rheinland-Pfalz im Zuge des Zusammenschlusses der Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich zu einer neuen Verbandsgemeinde.
- c) Beratung und Beschlussfassung über die Vereinbarung über die freiwillige Bildung einer neuen Verbandsgemeinde aus der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich.
- d) Beratung und Beschlussfassung über die Zweckvereinbarung zwischen der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich über verstärkte Kooperationen bis zur freiwilligen Bildung einer neuen Verbandsgemeinde.

TOP 1

- a) Beauftragter Müller informiert den Stadtrat über die Kommunal- und Verwaltungsreform sowie über den geplanten Zusammenschluss der Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich wie folgt:

„Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat mit Beschluss des Ersten und Zweiten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform die Strukturen und Zuständigkeiten der kommunalen Verwaltungseinheiten neu definiert. Anlässe hierfür waren im Wesentlichen die demografischen Entwicklungen mit einer insgesamt zurückgehenden Bevölkerungszahl, einer zunehmenden Zahl älterer und weniger jüngerer Bürgerinnen und Bürger sowie die Situation der öffentlichen Finanzen. Zudem ermöglichen neue Informations- und Kommunikationstechnologien eine andere Art und Weise der Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten als dies früher der Fall war.

Ziele der Kommunal- und Verwaltungsreform sind hauptsächlich eine verbesserte Zuordnung von Aufgabenzuständigkeiten, eine Optimierung kommunaler Gebietsstrukturen, eine Erweiterung der Möglichkeiten für kommunale Kooperationen, eine Verbesserung von Verwaltungsabläufen, ein Ausbau des Bürgerservices der Kommunen und eine Erweiterung der Möglichkeiten einer unmittelbaren Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Angelegenheiten. Nach dem Ersten Gesetz zur Kommunal und Verwaltungsreform haben in der Regel Verbandsgemeinden mit mindestens 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und verbandsfreie Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine ausreichende Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft, die sie in die Lage versetzen, auch künftig die eigenen und die übertragenen staatlichen Aufgaben fachlich fundiert und wirtschaftlich wahrzunehmen. Die verbandsfreie Stadt Osthofen hatte zum maßgebenden Stichtag am 30. Juni 2009 laut Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz eine Einwohnerzahl von 8.229 Einwohnerinnen und Einwohnern. Das Gebiet der Stadt Osthofen erstreckt sich auf einer Fläche von 19 Quadratkilometern. Die Einwohnerzahl der Stadt Osthofen liegt deutlich unter der im Ersten Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform für verbandsfreie Gemeinden angesetzten, im Rahmen der begleitenden Gesetzesfolgeabschätzungen als sachgerecht erachteten Mindesteinwohnerzahl von 10.000

Einwohnerinnen und Einwohnern. Nach Auffassung der Landesregierung besteht für die Stadt Osthofen ein vordringlicher Gebietsänderungsbedarf im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform. Im Hinblick darauf sollte die Stadt Osthofen die Freiwilligkeitsphase der Kommunal und Verwaltungsreform und die damit einhergehenden Vorteile nutzen und einen Gebietszusammenschluss anstreben, um zu gewährleisten, dass auch in Zukunft die kommunalen Aufgaben vor Ort in fachlich hoher Qualität und wirtschaftlich ausgeübt werden können. Dies ist im Sinne der Gemeinden und ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie des gewerblichen und freiberuflichen Sektors.

Aus Sicht der Stadt Osthofen kommt als geeigneter Partner für einen Gebietszusammenschluss die Verbandsgemeinde Eich in Betracht.

Die Verbandsgemeinde Eich hatte zum maßgebenden Stichtag am 30. Juni 2009 nach den Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz 12.525 Einwohnerinnen und Einwohner. Zur Verbandsgemeinde Eich, die eine Fläche von 68 Quadratkilometern aufweist, gehören fünf Ortsgemeinden.

Durch einen Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Osthofen mit der Verbandsgemeinde Eich entsteht eine Verbandsgemeinde in einer zukunftsfesten Größenordnung.

Eine solche Verbandsgemeinde hat etwa 20.750 Einwohnerinnen und Einwohner, eine Fläche von 87 Quadratkilometern und sechs Ortsgemeinden. Ihre Fläche und die Zahl der Ortsgemeinden liegen erheblich unter den Werten einer derzeitigen durchschnittlichen rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde. Eine durchschnittliche rheinland-pfälzische Verbandsgemeinde hat gegenwärtig eine Fläche von rund 106 Quadratkilometern und 14 Ortsgemeinden. Für einen Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich sprechen auch naturräumliche Gegebenheiten, die Wirtschaftsstruktur (Weinbau) und die öffentliche Verkehrsinfrastruktur (Eisenbahnstrecke Mainz -Ludwigshafen und Bundesstraße 9).

Auf Bitte der Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich hat das Land von der Firma Dr. Dornbach Treuhand GmbH das Modell eines Zusammenschlusses der beiden Kommunen zu einer Verbandsgemeinde vertieft untersuchen lassen. Die Ergebnisse des Gutachtens zeigen, dass ein Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich zu einer neuen Verbandsgemeinde deutliche strukturelle Verbesserungen und Einsparungen bewirken kann.

Ein von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Osthofen mit deutlicher Mehrheit favorisierte „Dreierlösung“, also der Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Osthofen und den Verbandsgemeinden Eich und Westhofen zu einer neuen Verbandsgemeinde waren nicht zielführend, da die Verbandsgemeinde Westhofen diese Bestrebungen nicht mitgetragen hat.

In einer Bürgerversammlung am 31. Mai 2010 in Osthofen sind die Bürgerinnen und Bürger über die Kommunal- und Verwaltungsreform, insbesondere im Hinblick auf die verbandsfreie Stadt Osthofen, grundlegend informiert worden.

Die Verhandlungskommissionen der Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich haben in mehreren Sitzungen die Grundlagen für einen Zusammenschluss der beiden Gebietskörperschaften erarbeitet.

In den nachfolgenden Tagesordnungspunkten werden die wichtigsten Auswirkungen eines Zusammenschlusses der verbandsfreien Stadt Osthofen mit der Verbandsgemeinde Eich dargestellt. **Weiterhin ist für einen wirksamen Zusammenschluss der Beschluss über die Vereinbarung über die freiwillige Bildung einer neuen Verbandsgemeinde aus der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich sowie über die Zweckvereinbarung zwischen der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich über verstärkte Kooperationen bis zur freiwilligen Bildung einer neuen Verbandsgemeinde erforderlich.**

Hierfür darf ich Sie, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates, um Ihre Zustimmung bitten.

Uns ist bewusst, dass wir die Ratsmitglieder mit einem äußerst komplexen Sachverhalt sehr kurzfristig befassen müssen. Dies liegt darin begründet, dass das Land Rheinland-Pfalz für die Einbringung der entsprechenden Gesetzesvorlage in den Landtag ebenfalls ein eng begrenztes Zeitfenster hat, d.h. bis zum 30. September 2011

will das Ministerium übereinstimmende Beschlüsse der Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich über den Zusammenschluss haben, damit die Gesetzesvorlage in den Landtag eingebracht und noch in diesem Jahr verabschiedet werden kann.“

b) Beauftragter Müller trägt vor, dass die finanziellen Auswirkungen eines Zusammenschlusses

der Stadt Osthofen mit der Verbandsgemeinde Eich auf Grundlage der Finanzrechnungen beider Gebietskörperschaften für das Hj. 2010 untersucht wurden. Den Ratsmitgliedern liegt eine Modellrechnung vor, welche die jeweiligen Verbesserungen und Verschlechterungen bei Ein- und Auszahlungen darstellt. **In der Summe bleibt für die Stadt Osthofen als fiktive Ortsgemeinde der neuen Verbandsgemeinde eine Belastung von 656.962 €. Gleichzeitig werden die übrigen Ortsgemeinden um rund 748.000 € entlastet. Neben den dargestellten finanziellen Auswirkungen sind die zu erzielenden Einsparungen zu berücksichtigen. Gemäß dem von der Dr. Dornbach Revision GmbH, Mainz, erstellten Gutachten sind in den ersten Jahren des Zusammenschlusses jährlich Einsparungen in Höhe von 132.000 € zu erzielen, ab dem fünften Jahr erhöhen sich die Einsparungen auf jährlich 261.000 €.**

In den Verhandlungen mit dem Land Rheinland-Pfalz konnte erreicht werden, dass die Belastung der Stadt Osthofen durch die freiwillige Zahlung von Schlüsselzuweisungen B in den Jahren 2014 bis 2018 deutlich abgemildert wird. Die Höhe der Schlüsselzuweisungen ist in nachstehender Tabelle dargestellt, wobei die Berechnung auf Grundlage der Schlüsselzuweisungen für das Hj. 2010 vorgenommen wurde.

HhJahr	Prozentsatz	Schlüsselzuweisung B II 2010 in €	verbleibende Nettobelastung in €
2014	100	653.143	3.849
2015	80	522.514	134.478
2016	70	457.200	199.792
2017	60	391.886	265.106
2018	50	326.572	330.420

In einem Schreiben von Innenminister Roger Lewentz vom 12. September, welches den Ratsmitgliedern vorliegt, werden außerdem folgende Projektförderungen in Aussicht gestellt:

- Finanzielle Förderung der **Sanierung und des Umbaus des Rathauses**; Förderung in Höhe von 50 % der geschätzten förderfähigen Kosten in Höhe von 1.000.000 €,
 - finanzielle Förderung der barrierefreien Gestaltung des **Bürgerhauses zur Nutzung als Ortsverwaltung**; Förderung in Höhe von 50 % der geschätzten förderfähigen Kosten von 170.000 €,
 - finanzielle Förderung der Sanierung der Gebäude im Sportstadion Sommerried; Förderung in Höhe von 240 €/m³ umbauter Raum.
- Darüber hinaus strebt das Land den Ausbau
- des Knotens der Landesstraße 439/Ziegelhüttenweg im Jahr 2014,
 - der Landesstraße 439 zwischen der Kreuzung der Landesstraße 386 und dem südlichen Ortsausgang und
 - des Knotens der Landesstraße 386/Landesstraße 439 an.

Alle vorbezeichneten Leistungen sind in Verhandlungen mit der Landesregierung erzielte Absichtserklärungen. Eine verbindliche Zusage von Leistungen kann erst nach der Verabschiedung des Landesgesetzes über den Zusammenschluss der Stadt Osthofen mit der Verbandsgemeinde Eich zu einer neuen Verbandsgemeinde durch den Landtag erfolgen.

Weiterhin konnte mit der Verbandsgemeinde Eich eine Regelung dahingehend erreicht werden, dass die Stadt Osthofen in der Zeit von 2019 bis 2023 bei der Heranziehung zur Verbandsgemeindeumlage dergestalt entlastet wird, dass die Umlagegrundlagen auf 36 v.H. begrenzt werden.

Nach den für das Hj. 2010 angestellten Berechnungen beträgt die Entlastung für die Stadt durch diese Maßnahme rd. T€ 242/Jahr.

Diese durch die Verhandlungskommissionen der beiden Gebietskörperschaften vorgeschlagene Regelung wurde in § 17 der Vereinbarung über die freiwillige Bildung einer neuen Verbandsgemeinde aus der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich verankert.

c) und d)

Herr Kronauer erklärt, dass die SPD von Anfang an dafür war, die Freiwilligkeitsphase für einen Zusammenschluss mit einer anderen Gebietskörperschaft zu nutzen. **Zwar hätte man eine Dreier-Fusion aus den Verbandsgemeinden Eich und Westhofen sowie der Stadt Osthofen favorisiert, aber leider fehlte dazu bei der Verbandsgemeinde Westhofen die Bereitschaft.** Die Verhandlungen mit der Verbandsgemeinde Eich fanden auf Augenhöhe statt und **führten zu dem vorliegenden befriedigenden Ergebnis.** Die Vereinbarung über die Bildung einer neuen Verbandsgemeinde abzulehnen, würde bedeuten, auf die Vorteile der Freiwilligkeit zu verzichten. Die SPD wird deshalb der vorliegenden Vereinbarung sowie der befristeten Zweckvereinbarung zustimmen.

Für die CDU-Fraktion fasst Herr Knierim den Verlauf der zweijährigen Verhandlungen zusammen und **kritisiert dabei die mangelnde Bürgerbeteiligung. Große Teile der Osthofener Bevölkerung, wie auch seine Fraktion, hätten sich einen Zusammenschluss mit der Verbandsgemeinde Westhofen gewünscht. Die dortige Bürgerbefragung hatte ebenfalls mehrheitlich dieses Ergebnis. Dies wurde aber von der Osthofener Verwaltung und den übrigen Fraktionen ignoriert; die mit Westhofen geführten Gespräche hatten nach Ansicht der CDU lediglich Alibifunktion. Das gleiche gilt für die in Osthofen durchgeführte Bürgerbefragung, die keine Alternative zur Dreierfusion anbot.** Mit der Aufhebung des Grundsatzbeschlusses vom 28.06.2010 im Mai diesen Jahres wurde der Abbruch der Verhandlungen mit Westhofen endgültig besiegelt. Die heute dargelegten Auswirkungen des Zusammenschlusses mit Eich zeigen, dass die übrigen Ortsgemeinden finanziell von der Stadt Osthofen profitieren werden. Synergieeffekte und sonstige Einsparungen werden –wenn überhaupt– erst nach Jahren wirksam. **Auf einen Vergleich mit den finanziellen Folgen einer Fusion mit Westhofen wurde verzichtet,** nachdem man sich am 02. Mai für ausschließliche Verhandlungen mit Eich entschieden hatte.

Dass Osthofen den Verwaltungssitz erhält, wird seitens der CDU begrüßt, nicht jedoch die beabsichtigte Namensgebung der neuen Verbandsgemeinde Eich-Osthofen. Hier müsste Osthofen als größte Ortsgemeinde an erster Stelle stehen. Weiter wird kritisiert, dass die „Hochzeitsprämie“ des Landes nicht zur Schuldentilgung, sondern für den S-Bahnausbau, teilweise in Alsheim, verwendet werden soll. Aus all diesen Gründen wird die CDU die vorgelegten Vereinbarungen ablehnen.

Herr Mehring betont, dass neben dem demografischen Wandel noch zahlreiche weitere Gründe speziell in Osthofen für eine Verwaltungsreform sprechen: Die Schließung des Landesdurchgangswohnheimes, der Wegfall des örtlichen Sozialamtes, der Übergang der Trägerschaft der Goldbergschule auf den Landkreis und die Übernahme sämtlicher Kindertagesstätten durch andere Betriebsträger. Das alles führt in Osthofen zu erhöhtem Handlungsbedarf. **Die Tendenz vieler Osthofener zu einer Fusion mit der VG Westhofen hält Herr Mehring für nichts weiter als einen Reflex.** Tatsächlich hätte man es in Westhofen mit zehn weiteren Ortsgemeinden zu tun, gegenüber fünf bei der VG Eich. Außerdem wurden seitens der VG Westhofen hohe Hürden in

den Verhandlungen gesetzt, wie z. B. bei der Frage des Verwaltungssitzes, der für Bürgermeister Wagner nicht verhandelbar war. Dennoch hält die FWG nach wie vor die Dreier-Fusion für die beste Lösung und wird auch weiterhin dafür werben. **Gleichzeitige Verhandlungen mit beiden möglichen Partner, wie von der CDU gefordert, hat die FWG jedoch abgelehnt, da dadurch der Eindruck des „Gegeneinander-Ausspielens“ entstehen könnte.**

Die finanziellen Auswirkungen, wie sie vom Beauftragten Müller dargestellt wurden, sind für Osthofen akzeptabel. Allerdings hätte sich die FWG mehr Unterstützung des Landes bei der Verkehrsraumplanung der Friedrich-Ebert-Straße und den Einsatz der Hochzeitsprämie für die Schuldentilgung gewünscht. Wichtiger als die Frage der Namensgebung der neuen Verbandsgemeinde ist für die FWG die Tatsache, dass Osthofen auch in Zukunft eine eigenständige Ortsgemeinde mit eigenem Haushalt und eigenen gemeindlichen Einrichtungen bleiben wird. Die FWG wird deshalb den vorgelegten Vereinbarungen zustimmen.

Herr Piehl bedauert, dass die heute vorgetragenen Zahlen nicht mit einer Modellrechnung der Fusion Osthofen - Westhofen verglichen werden können. Die ödp hat ebenfalls eine Dreier-Fusion favorisiert, allerdings mit Verhandlungen in umgekehrter Reihenfolge. **Das Ergebnis der Osthofener Bürgerbefragung war mangels angebotener Alternativen nicht aussagefähig. Außerdem hätte sich die ödp eine bessere, parteineutrale Bürgerinformation gewünscht. Herr Piehl wird deshalb an der Abstimmung nicht teilnehmen.**

Nach weiterer Aussprache, in der es darum geht, welche Möglichkeiten eines Zusammenschlusses für Westhofen jetzt noch offen stehen, weist Beauftragter Müller darauf hin, dass die Verwaltung durch Beschluss vom 02. Mai 2011 beauftragt war, nur noch mit der Verbandsgemeinde Eich Fusionsverhandlungen zu führen. Dies ist geschehen, das Ergebnis liegt den Ratsmitgliedern vor. Er bittet nunmehr um Abstimmung. Herr Petry beantragt im Namen der CDU-Fraktion die namentliche Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 1c und 1d. Herr Kronauer schließt sich im Namen der SPD Fraktion dem Antrag an, so dass das erforderliche Quorum von einem Viertel der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder für die Antragstellung erreicht ist (§ 40 Abs. 1, Satz 1 GemO i.V.m. § 23 Abs. 7 Mustergeschäftsordnung). Anschließend beschließt der Stadtrat einstimmig, über die Tagesordnungspunkte 1c und 1d namentlich abzustimmen.

Die nachfolgend durchgeführten Abstimmungen haben folgendes Ergebnis:

c) Vereinbarung über die freiwillige Bildung einer neuen Verbandsgemeinde aus der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich:

Ratsmitglied Abstimmung

Blass, Achim	Ja
Blümel, Sebastian	Ja
Dreißigacker, Volker	Nein
Ebert, Alexander	Ja
Eschenfelder, Klaus	Ja
Itzerodt, Wolfgang	Ja
Knierim, Hans-Peter	Nein
Knorpp, Anke	Ja
Kohl, Johannes	Nein
Kronauer, Kai	Ja
Loris, Siegrid	Nein
Lukinger, Peter	Ja
May, Peter	Ja
Mehring, Klaus	Ja

Petry, Rainer	Nein
Piehl, Jochen	Keine Stimmabgabe
Sum, Günter	Nein
Unkelbach, Kai	Ja
Unsel, Julia	Ja
Wagner, Frank	Ja
Müller, Bernd	Ja

Somit ist die Vereinbarung mit 14 Ja - bei sechs Neinstimmen angenommen.

d) Zweckvereinbarung zwischen der verbandsfreien Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Eich über verstärkte Kooperationen bis zur freiwilligen Bildung einer neuen Verbandsgemeinde:

Ratsmitglied Abstimmung	
Blass, Achim	Ja
Blümel, Sebastian	Ja
Dreißigacker, Volker	Nein
Ebert, Alexander	Ja
Eschenfelder, Klaus	Ja
Itzerodt, Wolfgang	Ja
Knierim, Hans-Peter	Nein
Knorpp, Anke	Ja
Kohl, Johannes	Nein
Kronauer, Kai	Ja
Loris, Siegrid	Nein
Lukinger, Peter	Ja
May, Peter	Ja
Mehring, Klaus	Ja
Petry, Rainer	Nein
Piehl, Jochen	Keine Stimmabgabe
Sum, Günter	Nein
Unkelbach, Kai	Ja
Unsel, Julia	Ja
Wagner, Frank	Ja
Müller, Bernd	Ja

Damit ist die Zweckvereinbarung mit 14 Ja- bei sechs Neinstimmen angenommen.

Osthofen, den 20.10.2011
Stadtverwaltung Osthofen
gez. Bernd Müller
Beauftragter